



Zwischen Feuerwehr und Stadt “brennt’s”

Kreis Unna. Lob und Anerkennung allemal, aber wenn es darum geht, die gute und verlässliche Arbeit der Feuerwehr auch zu bezahlen, zeigen die Verantwortlichen in Stadt und Kreis eher Zurückhaltung. Aktuell auch die Stadt Unna, die für eine Maximalforderung (Überstunden) von 22.000 Euro einen „Kompromiss“ von sage und schreibe 2.500 Euro anbietet. Derweil der Kreis – ohne Absprache mit den Kommunen – für die gleichen Ansprüche schon 8.500 gezahlt hat.

Gesprächsfaden gerissen – Fronten verhärtet

Mehrarbeit war und wird gern gesehen. Auch 54 Stunden in der Woche und mehr, obwohl die Arbeitszeit schon 1993 von der Europäischen Union auf 48 Stunden begrenzt wurde. Stadt und Kreis störte die Arbeitszeit-Regelung wenig, bis die Feuerwehrleute einen Ausgleich für ihre Mehrarbeit in den Jahren 2001 bis 2006 forderten. Höchststrichterlich war der Rückenwind vom Bundesverwaltungsgericht, das den Anspruch im Grundsatz anerkannte. Allein: In den meisten Fällen waren die Ansprüche verjährt, weil sie zu spät angemeldet wurden. In Zahlen: Für die hauptamtlichen Feuerwehrleute in Diensten der Stadt Unna geht es um rund 22.000 Euro pro Person. Dagegen steht das Angebot der Stadt mit 2.500 Euro an alle, unabhängig vom Anspruch. Die Differenz sorgt ganz offensichtlich für Probleme in der Kommunikation. So will die FLU „aus den Schilderungen der betroffenen Mitarbeiter“ den Eindruck gewonnen haben, „dass der Gesprächsfaden mit der Verwaltungsspitze abgerissen ist und die Fronten verhärtet sind“. „Verärgerung und Verbitterung nehmen zu“, so Klaus Göldner: Bei aller Enge des Haushaltes muss eine vernünftige Lösung zur endgültigen Befriedung der Angelegenheit gefunden werden.“

Kreis kann es sich leisten: Kommunen zahlen ja

In diesem Zusammenhang äußerte Göldner erhebliche Kritik am Vorgehen des Kreises Unna, der seinen Feuerwehr-Mitarbeitern bei gleicher Sachlage im Alleingang jeweils eine Entschädigung von

8.500 Euro gezahlt, und damit die Verhandlungen bei der Stadt Unna erheblich belastet habe. Dies sei umso unverständlicher, als der über Umlage der Kommunen finanzierte Kreis diese Mehrausgaben über die Kreisumlage von den Städte und Gemeinden refinanziert. „Wenn andere zahlen, kann man schon einmal schnell die Spendierhosen anziehen. Hier wäre etwas mehr Zurückhaltung auch ein Akt der Solidarität mit den finanziell stark gebeutelten kreisangehörigen Kommunen gewesen“, so Göldner. –conté

12.Dezember 2013 von Gerd Kratzmann

Quelle: www.reportvorort.de